

Klima-Papst Schellnhuber ab Dezember Direktor von „Öko“-Institut bei Wien

geschrieben von AR Göhring | 7. Dezember 2023

Der pensionierte Chef und Gründungsdirektor des *Potsdam Institutes für Klimafolgenforschung* PIK, Joachim Schellnhuber, wird im Dezember Generaldirektor des „Internationalen Institutes für angewandte Systemanalyse“ (*International Institute for Applied Systems Analysis*, IIASA) in Schloß Laxenburg bei Wien.

„Was für ein Institut?“ fragt Otto Normalleser nun, weil das IIASA in der Öffentlichkeit so gut wie unbekannt ist. Selbst Leser aus Niederösterreich, wo das Schloß liegt, kennen es nicht. Und was hat Schellnhuber damit zu tun?

Fachidiotenwissen zusammenfügen

Man könnte vermuten, dass die Unbekanntheit vielen im klimapolitischen Komplex ganz recht ist. Das IIASA wurde 1972 als US-sowjetisches Friedensprojekt im Rahmen der Entspannung zwischen den Blöcken des Kalten Krieges gegründet. Man gründete es auf dem neutralen Territorium der Republik Österreich, um Block-Unabhängigkeit zu gewährleisten. Aufgabe sollte sein, komplizierte Systeme wie das Klima oder die Biosphäre des Planeten fachübergreifend zu analysieren.

Universitäts-Institute haben in der Regel einen Fokus und können nicht das gesamte Gesellschafts-, Öko- oder Klimasystem im Auge behalten. Das sollte das IIASA leisten, indem es die gewonnenen wissenschaftlichen Informationen aus aller Welt zusammenführt.

Zitat:

„... das politisch relevante Forschung in Problembereichen durchführt, die zu umfangreich oder zu komplex sind, um von einem einzelnen Land oder von einer einzigen Disziplin bewältigt zu werden. Dies sind Probleme, wie z.B. der Klimawandel, die eine globale Reichweite haben und nur durch internationale Zusammenarbeit gelöst werden können, oder Probleme, die viele Länder betreffen, und sowohl auf nationalem als auch auf internationalem Niveau in Angriff genommen werden müssen, wie z.B. Energiesicherheit, Bevölkerungsalterung, oder nachhaltige Entwicklung.“

Wissenschaft oder Politik?

Der geneigte Leser ahnt an dieser Stelle schon, wo der Haken ist. Wenn

„das Klima“ oder „die Umwelt“ und „Nachhaltigkeit“ beforscht werden, geht es erfahrungsgemäß um Panikmache und Abzocke, und nicht um verantwortungsvolle Forschung.

Man muss kein „Klimaleugner“ sein, um zu ahnen, dass auch das IIASA-Projekt im Kalten Krieg keineswegs nur der Wissenschaft diente. Auch wenn die Entspannungsphase zwischen Washington und Moskau nach dem Beinahe-Knall in der Kubakrise 1961 Hoffnung auf Annäherung nährte, heißt das nicht, daß man nicht weiterhin versuchte, dem ideologischen Gegner ein Bein zu stellen. Da die Ostblockstaaten um 1970 wirtschaftlich abzuschmieren begannen, war es für Moskau oder die Außenspionage HVA der Staatssicherheit in Ostberlin zunehmend attraktiv, den Gegner von innen zu sabotieren

Paul Ehrlichs „Bevölkerungsbombe“ und Studentenrevolte als Ankerpunkte

Vor 1967 waren in Westdeutschland mindestens 90% der Einwohner für das herrschende System – in der DDR war es genau andersherum. Als US-Pseudowissenschaftler und Panikmacher wie Paul Ehrlich und die Manager aus der Gründungsriege des „Club of Rome“ die Wirtschaftsweise der kapitalistisch-demokratischen Staaten mit ihren erfundenen Ökokatastrophen angriffen, wurden die exzellenten Agenten und Spionagemanager wie Markus Wolf wohl hellhörig. Oder war Moskau gar von Anfang beteiligt? Ein Kollege des Gründers Aurelio Peccei vom „Club of Rome“ war der Schwiegersohn des sowjetischen Ministerpräsidenten Alexei Kossygin, Dzhermen Gvischiani.

Wie auch immer, als dann noch weltfremde extremistische Studenten in Washington, Paris und Westberlin für Marxismus randalierten, war klar, dass die militärisch und wirtschaftlich abgeschlagenen Regime des Ostblocks dieses Einfallstor in den Geist des Westens nutzen würden.

Ökologismus als antikapitalistischer Trick?

Was vielen Bürgern erst seit Habecks „Heizhammer“ klar wurde, haben hauptamtliche System-Kämpfer in den stalinistischen Geheimdiensten sofort erkannt: Die Forderung nach „umweltschonender“ Industrieproduktion und „Schutz“ von irgend etwas (Kröten, Gewässer, Luft, Wald, Klima,...) würde die marktwirtschaftliche Produktion drosseln und ineffiziente planwirtschaftliche Elemente stärken. Damit hätte der Westen den wichtigsten Faktor seiner Überlegenheit gegenüber dem Moskau-Peking-System eingebüßt, den allgemeinen Wohlstand. Der letztlich alle anderen Faktoren wie Meinungsfreiheit, Demokratie, Kunst und technische Spitzenleistungen mitbedingt.

Was machte Laxenburg in den 1970ern?

Das neue IIASA wurde 1972 bei Wien in einem sanierten Schloß untergebracht und bot für rund 100 Gastwissenschaftler aus beiden Systemen dreijährige Aufenthalte an. Interessant: Das Gründungspersonal aus den USA rekrutierte sich aus Spitzenuniversitäten: Der erste

Direktor, Howard Raiffa, war Professor für Wirtschaft an der Harvard-Universität. Zum Vergleich: Der *Club of Rome* ließ seinen unwissenschaftlichen Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ vom Wissenschaftler Dennis Meadows und seinem Team an der Spitzenuni *Massachusetts Institute of Technology* MIT bei Boston erarbeiten und ebenfalls 1972 publizieren. Bezahlt hatte das Werk die *Volkswagen-Stiftung*.

Geheimdienstlich höchst interessant

Es ist interessant, dass im Jahr 1972 das IIASA in Laxenburg gegründet und fast zeitgleich die „Die Grenzen des Wachstums“ veröffentlicht wurden. Um die Zeit herum folgte in den westlichen Ländern die Gründung von nationalen Umweltbehörden (BRD 1974) und vielen, vielen privaten Umwelt-Vereinen wie der Deutschen Umwelthilfe. Es scheint, als hätten Ehrlich und der *Club of Rome* 1968, im Jahr der marxistischen Studentenrevolte, eine Saat gesät, die auf fruchtbaren Boden fiel. Ob nun Ostblock-Dienste von Anfang beteiligt waren oder nicht – die Öko-Ideologie war als Zersetzungsstrategie für die boomende Marktwirtschaft der westlichen Konkurrenten äußerst interessant.

Spione in Laxenburg und Wien

Die Zersetzungs-Strategie via Panikmache ist geheimdienstlich gesehen genial, da sie „wissenschaftlich“ daherkommt, mit den Steuern des Gegners bezahlt wird und nicht klar als Element der Spionagetätigkeit erkennbar ist. Dass dennoch etwas faul war im Staate Laxenburg, konnte man an der klassischen Agententätigkeit des Arkadi Belozеров feststellen, der 1981 als Spion enttarnt wurde und gehen musste. Er hatte geheime Daten zur Ölförderung nach Moskau gekabelt und war in die Affäre des norwegischen Doppelagenten „Jansen“ verwickelt – Wien als Kapitale eines neutralen Staates war damals Tummelplatz für viele Agenten des Kalten Krieges.

Übrigens hatte das IIASA als erste Organisation weltweit eine frühe Form des Internets ausprobiert. 1977 schalteten Computerwissenschaftler aus Ost und West erstmals eine Datenverbindung durch den Eisernen Vorhang. Das war brandgefährlich – Datenbanken von Behörden und Regierungen konnten damit möglicherweise vom KGB oder GPU, dem Militäargeheimdienst der SU, gehackt werden. Ob es die Experten im Westen ahnten oder nicht – das Projekt wurde nach drei Wochen wegen „schlechter Qualität“ wieder eingestellt.

Laxenburg nach dem Kalten Krieg

Nach 1991 hatte die Sowjetunion bzw. Rußland nicht mehr die Ressourcen, um weltweit die bekannt gute Spionage zu betreiben. Das IIASA in Laxenburg lief aber weiter – das Umweltthema war im Westen ja beliebt. Das Institut wurde von Moskau ja nur benutzt; und da elitäre Profiteure des Westens teils deckungsgleiche Interessen hatten und haben, wird weiter „geforscht“.

Was machen die Forscher heute? Zum Beispiel dem Weltklimarat IPCC zuarbeiten – Laxenburg lieferte Material für den vierten, fünften und sechsten Sachbestandsbericht.

Neben „Klima“ arbeiten sie an Projekten zu Themen wie:

- Treibhausgase – Luftverschmutzung: Interaktionen und Synergien
- regionales Luftverschmutzungs-Informations- und Simulationsmodell
- Zukunftsinitiative für die Arktis
- Nahrungs- und Landnutzungscoalition
- Integrierte Lösungen für Wasser, Energie und Land)
- Nahrungs-, Landwirtschafts-, Biodiversitäts-, Land- und Energiekonsortium

Man sieht: Alles Bereiche, die die Wirtschaft im Großen betreffen und meist nur von übergeordneter Stelle bearbeitet werden können. Der kritische Demokrat denkt hier an demokratisch gar nicht oder nur oberflächlich legitimierte Organisationen wie die UNO oder die EU-Kommission, denen von „DER Wissenschaft“ via IIASA, PIK oder IPCC zugearbeitet wird.

Joachim Schellnhuber als DER deutsche Professor für Kippunkt-Konstruktion und das 2-Grad-Ziel wird an dieser kaum bekannten, aber sehr einflussreichen Institution viel Ungutes für die einfachen Bürger und Steuerzahler erreichen können.

Sich selbst organisierendes System – oder zentrale Steuerung der Öko-Planwirtschaft?

Das wohl unter KGB-Einfluß stehende IIASA lässt den erstaunten Leser vermuten, daß die Entwicklung einer ökosozialistisch anmutenden Planwirtschaft zentral geplant wurde. Nun sind aber die Entwickler höchst unterschiedlicher Herkunft – der sozialistisch geprägte Spitzen-Manager Peccei, eine linke Anthropologin wie Margaret Mead, Sowjet-Ministerpräsidenten-Schwiegersohn Gvischiani, die Chefs der Volkswagen-Stiftung, Insektenforscher Ehrlich, und MIT-Doktorand Dennis Meadows.

Waren sie alle nur Marionetten?

Unwahrscheinlich – viel zu viele unterschiedliche Leute.

Wahrscheinlicher ist die Theorie von George Orwell, der schon 1948 vorhersagte, daß der industriell erzeugte Massenwohlstand einen relativen Abstieg der alten Eliten zur Folge habe. Denn: Wenn jeder Bürger Auto oder in Urlaub fahren, und jeder eine bequeme Wohnung mit Heizung haben kann, fallen die Statussymbole der Reichen weitgehend weg.

Die Gegenstrategie der immer noch mächtigen Eliten besteht darin, den Massenwohlstand rückabzuwickeln. Das geht am besten, wenn man als Hebel eine angebliche Notwendigkeit wie Umweltschutz oder Pandemiebekämpfung einsetzt – mindestens 80% der Bürger fallen darauf regelmäßig herein.

So betrachtet wundert man sich nicht, daß „Klimaschutz“ und ähnliches die für den Wohlstand so dringend benötigte billige Energie deutlich verteuert, und „Lockdowns“ die Geschäfte und damit das Einkommen der einfachen Leute vernichtet.

Schon 1970: Klartext zum tatsächlichen Ziel

Interessanterweise sagen elitäre Fanatiker und Politiker immer wieder recht deutlich, daß „Umweltschutz“ und ähnliches tatsächlich einen anderen Grund habe. Die linke Anthropologin Margaret Mead meinte anlässlich des ersten „Earth Day“ 1970, man benötige von Wissenschaftlern

„plausible, möglichst widerspruchsfreie Szenarien, die Politiker nutzen können, ein System künstlicher, aber wirkungsvoller Warnungen aufzubauen – Warnungen, die den Instinkten entsprechen, die Tiere vor dem Hurrikan fliehen lassen. (...) Es geht darum, dass die notwendige Fähigkeit, Opfer zu erbringen, stimuliert wird. Es ist deswegen wichtig, unsere Aufmerksamkeit auf die Betonung großer möglicher Gefahren für die Menschheit zu konzentrieren.“

Künstliche Szenarien, die die Instinkte zu opfern, also zu Verzicht anregen – deutlicher kann man die eigenen Orwellschen Pläne kaum formulieren.

Orwellsche Verbote – für was?

Heute sind grüne Parteien als Verbotsparteien bekannt, die der Masse der Bürger ihren Wohlstand und ihre Freiheit nach und nach nehmen wollen. Die Privilegierten und Reichen hingegen profitieren vom Wirtschaftsabbau durch die Verbotskultur: Da die gesetzlichen Regelungen grüner Bauart in der Regel Schlupflöcher enthalten, die nur mit viel Geld nutzbar sind, haben die Eliten mit teurer Umweltplakette freie Fahrt in der Innenstadt und können entspannt fliegen, ohne die ganzen Touristen mit ihrem Achselschweiß am Flughafen.

Die Studenten-Revoltierer hatten in den bis dahin sozialsten, wohlhabendsten und demokratischsten Staaten des Westens eigentlich gar nichts zu revoltieren: Ihre marxistische Kritik am System war unbegründet und wurde von der Masse der werktätigen Bevölkerung eindeutig abgelehnt. Da sie selber in der Regel aber aus der Oberschicht kamen, ist zu vermuten, daß ihre wahren Interessen teilweise mit denen östlicher Einflüsterer deckungsgleich waren. Und wenn zwei Akteure ähnliche Interessen haben, handeln sie ähnlich.

Die erstaunliche und groteske Sympathie der kapitalistischen Elitenkinder ausgerechnet für das bekanntermaßen arme und diktatorische Ost-System erscheint aus dieser Perspektive gar nicht einmal unlogisch.

Potsdam-Institut PIK und IIASA Laxenburg: Getrennt marschieren, aber vereint schlagen

Die vielen mehr oder minder kleinen staatlich finanzierten Öko-Institute marschieren zwar getrennt, schlagen aber gemeinsam, wie Gerhard von Blücher es ausdrücken würde. Die gemeinsame politische Agenda zeigt sich an gemeinsamen Vertretungen und Projekten der globalistischen „Great-Reset“-Institute. So befindet sich die deutsche Geschäftsstelle des IIASA am PIK in Potsdam.

Außerdem arbeitet das Potsdamer Institut von Joachim Schellnhuber seit 2019 in einem Programm namens „Shape“ mit den Laxenburgern zusammen. Ziel von „Shape“ ist: Forschung zu Wegen für eine nachhaltige Entwicklung, die das menschliche Wohlergehen mit dem Schutz des Klimas und des Planeten Erde verbindet. Klingt kuschelig, heißt aber im Klartext: Planung der ganzen Welt durch PIK und IIASA!

Insofern wundert es nicht, daß Rentner Schellnhuber, der seinen Traum, Brandenburger Umweltminister zu werden, begraben mußte, nach Österreich wechselt. Er mag einige 100 Kilometer fahren oder fliegen müssen, inhaltlich muß er sich keinen Millimeter bewegen.

Klima-Papst Schellnhuber beim Fliegen erwischt – glaubt er wirklich an den Klimakollaps?

geschrieben von AR Göhring | 7. Dezember 2023

von AR Göhring

Hans Joachim „John“ Schellnhuber, Commander des hervorragendsten Ordens des britischen Weltreichs (CBE), wurde kürzlich von einem Leser des RND am Flughafen Berlin gesichtet – der „renommierteste“ Klimaforscher flog nach München. Grund:

Ich mußte aus familiären Gründen innerhalb eines halben Tags von Potsdam nach Fürstentfeldbruck und zurück. In der Nähe von München war ich mit Vortrag und Podiumsdiskussion beim „Zukunftsforum“ des bayerischen Schreinerhandwerks engagiert. Ich sprach hauptsächlich darüber, wie das Baugewerbe CO₂ reduzieren und sogar CO₂ wieder aus der Atmosphäre holen kann – mit mehr Holzbau statt Stahlbeton.

Die „Familie“ hatte auch schon Cem Özdemir vorgeschützt, als er gefragt wurde, wieso er privat nach Peru fliege – Standardausrede. Ähnlich Karl Lauterbach, als ihn ein Bild-Leser beim Telefonieren am Steuer auf der Autobahn filmte („mit Mutti telefoniert“).

Pikant: 2019 forderte Schellhuber das Verbot von Inlandsflügen. Damit konfrontiert, beteuert er, daß er sonst ICE fahre. Aber da die Bahn im Land der Merkel- und Ampel-Kabinette laufend zu spät kommt, weicht er „manchmal“ auf Flüge aus, wenn er es eilig habe.

Man kann nicht immer das klimafreundlichste Verkehrsmittel wählen – das wäre sowieso das Zuhausebleiben.

Ja, richtig, Herr Professor! Warum tun Sie es dann nicht? Die Coronapolitik der Regierungen hat gezeigt, wie Internetkonferenzen über Zoom und ähnliches funktionieren. Egal – nach einer Studie sind es ausgerechnet Klimaforscher, die am häufigsten auf Dienstreise sind – warum wohl? Weil man nur durch ununterbrochenes Konferieren die Welt retten kann? Und das, obwohl es unter den Granden gar keine Einigkeit zur Klimatheorie gibt?

Der neue IPCC-Chef Skea hält zum Beispiel nichts von Untergangsszenarien im Zusammenhang mit dem Klimawandel. Auch Jochem Marotzke kann Stefan Rahmstorfs Golfstrom-AMOC-Alarmismus nichts abgewinnen.

Ein ungenannter Physiker, der möglicherweise an einem renommierten Klimainstitut beschäftigt war, sagte uns vor langer Zeit, an die CO₂-Geschichte glaube er nicht (und auch sonst keiner) – er bekäme aber ein schönes Gehalt und könne als gelernter DDR-Bürger endlich die Welt bereisen – und das auch noch auf Spesen.

Daher darf man wohl davon ausgehen, daß Schellhubers Vorschlag zum Inlandsflug nicht ganz wörtlich gemeint war. Vielleicht schwebte ihm eher eine erhebliche Verteuerung vor; oder die Einführung einer Art von Passierschein, die es „wichtigen“ Leuten ermöglicht, zu „dienstlichen“ Zwecken Kurzstrecke zu fliegen.

Man merkt schon – es geht, wie Axel Bojanowski und weiland George Orwell analysierten, in Wirklichkeit um den Kampf der alten Eliten gegen den Massenwohlstand, der die gesellschaftliche Hierarchie vor 1900 eindampfte.

Seltsam: Was Schellhuber nicht erwähnt, ist, daß er CO₂-Kompensation zahlte. Aber:

Weil ich beruflich viel reise, ist mein CO₂-Fußabdruck über die Jahrzehnte ohnehin größer als der von vielen anderen. Dafür nutze ich privat Ökostrom, fahre ein Elektroauto und investiere

alles verfügbare Geld in die energetische Sanierung eines alten Anwesens. Trotzdem bin ich kein Klimaheiliger.

Er klingt fast wie Leo Di Caprio, der gerade in den USA zum vertrauenswürdigsten Klimaaktivisten gewählt wurde, und kurz danach mit 170Mio.-Yacht im Mittelmeer kreuzte. „Viel reisen“, „Altes Anwesen“, „Commander des hervorragendsten Ordens des britischen Weltreichs“ – der Klimaaktivismus von John Schellnhuber hat sich gelohnt. Und die Narrativ-bedingten lästigen Beschränkungen lassen sich im Interview mit dem RND leicht weg-reden. Man saniert halt (gefördert) sein Anwesen und fährt (gefördert) E-Limousine. Ansonsten ist das Leben einfach schön!

Henryk Broder kommentiert die Heuchelei des Klima-Schelms wie üblich gekonnt:

Achtet auf den, der „Verschwörungstheorie“ sagt!

geschrieben von Admin | 7. Dezember 2023

vom schrittweisen Aufbau einer neuen Gesellschaft

von Alexander Wendt

Der Physiker Hans Joachim Schellnhuber schlägt eine Rationierung von CO₂ vor: Jeder soll nur noch 3 Tonnen ausstoßen dürfen. Sein Plan passt in ein großes Bild: Nicht nur er wünscht eine radikal andere Gesellschaft. Ihre Freunde befinden sich überall im Westen auf dem Vormarsch.

Hannah Arendt meinte, Wahrheit gebe es nur zu zweien, was für sie einschloss, dass sie auch jemand aus Versehen ent schlüpfen kann. Dafür braucht es noch nicht einmal Philosophen. Ein Politiker und ein Fragesteller genügen, so wie bei dem Gespräch von Karl Lauterbach mit Alfred Schier, ausgestrahlt im Frühjahr 2021 auf *Phoenix* (ab Minute 17:46). In diesem paraplatonischen Dialog kommt das Beste zusammen: eine Enthüllung (ἀποκάλυψις), dazu ein langer Reifeprozess.

Zum Jahresanfang 2023 wirkt das, was Lauterbach damals sagte, aktueller als vor zwanzig Monaten. Der Journalist sprach den Abgeordneten auf eine Interview-Äußerung an, in der er sagte, viele der Corona-Maßnahmen würden auch hervorragend zur Bekämpfung der Klimakrise taugen. „Wie haben Sie das gemeint?“, möchte der Interviewer wissen. Und Lauterbach antwortete: „Ich kann beispielsweise weniger reisen, ich muss auf viele

Dinge verzichten. Somit schränke ich meine Freiheit ein, um die Pandemie zu bekämpfen. Wenn ich also die Klimakrise nach vorn denke, dann [...] können wir in der Klimakrise in eine Situation kommen, dass wir das eine oder andere auch verbieten müssen.“

Schier wirft ein: Aber sei das nicht genau das, was viele befürchten – dass die Corona-Maßnahmen nur als Vorübung für eine Klimadiktatur dienen? Darauf antwortet Lauterbach mit dem Satz mindestens des Jahrzehnts, wenn nicht sogar eines ganzen anbrechenden Zeitalters: „Aber das ist doch Verschwörungstheorie.“

Der Journalist wendet ein: „Aber Sie haben doch eben gesagt“, ein Satz, der speziell bei Lauterbach bekanntlich sofort in dessen Diskursraum verhallt. Er habe sich, antwortet er, nur auf die freiwilligen Einschränkungen wegen Corona bezogen. Die seien doch aber, meint Schier, überwiegend gar nicht freiwillig. Ja, erwidert Lauterbach, manche aber durchaus. So mäandert das Gespräch mit dem Politiker noch eine Weile, von dem auch das berühmte Diktum stammt, eine Impfpflicht sei ja gar kein Zwang, weil sie dazu führe, „dass sich am Schluss jeder freiwillig impfen lässt“.

In dem Gespräch gebrauchte er auch die Formel, er selbst wolle „Teil der Lösung und nicht des Problems sein“. An einer anderen Stelle bekannte der Sozialdemokrat – in einem Tweet, in dem er die Corona-Impfung „nebenwirkungsfrei“ nennt –, er erwarte von einem Publikum, das sich schon wegen einer, zweier oder mehr Spritzen eines eilzugelassenen Vakzins so anstelle (und, kann man ergänzen, wegen einer kleinen Ausgangssperre gleich zum Verwaltungsgericht läuft), in der Klimafrage wenig bis keine Freiwilligkeit.

Karl Lauterbach, so sieht es in dem Phoenix-Interview auf den ersten Blick aus, wirkt wie der erste Politiker, der vor laufender Kamera seine eigene Forderung zehn Sekunden später zur Verschwörungstheorie erklärt. So einfach verhält es sich allerdings nicht. Auch dieser sehr spezielle Mandatsträger weiß ganz gut, was er eben noch sagte, und vor allem, was es bedeutet. Das völlig neue Terrain betritt er mit der Definition von ‚Verschwörungstheorie‘. Sie beginnt nach Lauterbach dann, wenn jemand seiner Forderung nicht zustimmt oder sie sogar kritisiert, und sei es nur dadurch, dass er sie in Frageform mit skeptischem Unterton wiederholt.

Genau diese Begriffsbestimmung von „Verschwörungstheorie“, so lautet die erste Prognose dieses Textes über die nähere Zukunft, hören wir bald öfter, nämlich bei jedem Schritt in eine technokratisch überwachte Gesellschaft, für die sich mehrere Bezeichnungen anbieten. Aber ganz bestimmt nicht mehr der Begriff ‚bürgerlich‘. Denn bei den bisher konventionell als Bürger bezeichneten Individuen handelte es sich schon aus Corona-Maßnahmen-Perspektive in erster Linie um Vireenträger. Aus Sicht von Klimaideologen stellen sie vor allem CO₂-Emittenten dar, hier wie da also dauerhafte Problemfälle, die eine Administration nur mit

Beschränkung und Lenkung, Kontrolle und Strafe halbwegs in den Griff bekommen kann.

Und von diesen Schritten im Takt der alten Seuchenbekämpfungsmaßnahmen, die jetzt einem neuen alternativlosen Zweck dienen, gibt es mittlerweile deutlich mehr als früher. Mit dem offiziellen Ende der Pandemie richtet sich der Transformationsehrgeiz wieder auf größere Ziele. Und dafür gibt es, um einmal einen Begriff aus der Corona-Vergangenheit zu bemühen, einen besser denn je bestückten Instrumentenkoffer. Aus diesem Vorrat holte Joachim Schellnhuber, lange Jahre Leiter des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, vor kurzem das schwere Gerät, als er in der NDR-Sendung „Panorama“ vorschlug, den Kohlendioxidausstoß zu rationieren. Jedem Bewohner Deutschlands sollen drei Tonnen pro Jahr per staatlich zugeteilten Zertifikaten zustehen. Wer mehr emittieren will, so Schellnhuber, „muss es sich eben einkaufen“.

<center<center

Um das besser einordnen zu können, sollte jeder Endverbraucher von Politik wissen, dass der Durchschnittsausstoß von CO₂ in Deutschland pro Kopf bei gut 9 Tonnen pro Jahr liegt. Die gesamte Bevölkerung würde also auf Drittelration gesetzt. Es leuchtet jedem ein, dass ein System, dass den Kohlendioxidausstoß eines jeden erst einmal begrenzt und von ihm verlangt, für jedes Extrakilo zusätzliche Emissionsscheine zu kaufen, ein Kontroll- und Überwachungsregime benötigt, gegen das die Coronamaßnahmen bestenfalls als Aufwärmübung wirken.

Erstens müsste eine neue Behörde von den Ausmaßen des Finanzamts den CO₂-Abdruck wirklich jedes konsumierbaren Produkts ermitteln, vom Reißnagel bis zur Segelyacht. Zu diesem Behuf wäre eine erhebliche Forschungsarbeit nötig, um aufzuklären, welcher Strommix ein Unternehmen zur Herstellung irgendeines Produkts in Deutschland, China, Indien oder einem anderen Ort der Welt benutzt. Und nicht nur für das Produkt selbst, sondern für die gesamte Wertschöpfungskette. Außerhalb Deutschlands, wo Manager die Klimaberichtspflicht vielleicht nicht ganz so ernst nehmen, könnten sich schon daraus Schwierigkeiten ergeben.

Für ein Kilo Fleisch eines Weiderinds vom Allgäu fällt nun einmal weniger CO₂ an als für Importfleisch aus Argentinien, für in Island mit Strom aus Wasserkraft und Erdwärme geschmolzenes Aluminium weniger als für das gleiche Metall aus Australien, für Solarmodule mit Polysilizium, das die Wacker Chemie AG mit Hydroenergie in den USA herstellt, weniger als für Anlagen, die ein Hersteller komplett mit dem chinesischen Strommix produziert. Aber selbst dann, wenn die neue Behörde das Kohlendioxid für jedes einzelne Bauteil nur grob schätzt, dürfte es eine Weile dauern, bis eine CO₂-Taxonomie für alle käuflichen Dinge der Welt existiert.

Bei Dienstleistungen gestaltet sich die Sache etwas komplizierter. Soll

der CO2-Ausstoß beispielsweise eines Fahrradkuriers, der Pizza ausliefert, rechnerisch dem Konto des Bestellers zugeschlagen werden? Der könnte einwenden, er hätte sich ansonsten selbst zum Pizzakauf bemühen müssen. Die Lenkungsbehörde würde dann vielleicht antworten, wenn er noch etwas Vorräte habe, hätte er genauso gut klimagerecht zu Hause kochen können.

Wie sieht es aus bei Pflegebedürftigen und Kranken, die Helfer und aufwändig hergestellte Medikamente benötigen? Sie zu versorgen kostet Extra-CO2. Muss der Betroffene die Berechtigungsscheine für seine mehr als 3 Jahrestonnen selbst zahlen? Kommen die Kassen dafür auf? Oder erst ab einer bestimmten Vermögensstufe? All diese Fragen hätte ein Amt zu klären. Und das wäre noch der leichtere Teil. Der etwas kompliziertere besteht darin, dass eine Lenkungsbehörde (oder eine zweite) natürlich alles erfassen müsste, was jemand konsumiert, um festzustellen, ab wann er oder sie Extraberechtigungen erwerben muss.

Unter den Bedingungen von Bargeld könnte das niemand überblicken. Das ginge ausschließlich mit elektronischem Transfer, ob per Karte, Überweisung oder Digitalgeld, um jeden Kauf vom Brötchen an auf dem persönlichen CO2-Konto zu registrieren. Wie gut, dass sich dieser Teil schon einmal mit entsprechenden Plänen verträgt, Bargeld zurückzudrängen. Und wie passt der Konsum im Ausland zur lückenlosen Konsumkontrolle? An der Taschenkontrolle bei seinen rückreisenden Schutzbefohlenen käme der Staat dann aus Gerechtigkeitsgründen nicht vorbei, so leid es ihm täte.

Die schwierigste Aufgabe beträfe die Bekämpfung von Schwarzmärkten, auf denen sich Leute versorgen würden, die zu unwillig oder zu klamm sind, um sich Zusatzzertifikate zu kaufen. Sie – die extralegalen Märkte – würden in der neuen Welt florieren wie kein anderer Zweig der Wirtschaft. Speziell auf dem Land fällt es leicht, einen Schinken, einen Käse oder einige Kubikmeter Brennholz für heimlich gehortetes Bares, beispielsweise Devisen, unter der Hand zu kaufen oder gegen etwas anderes zu tauschen. Die Urgroßmutter des Autors betrieb einen Dorfladen, in dem es der Familienerzählung zufolge praktisch alles gab, nur keine Lebensmittel. Denn niemand wäre dort auf die Idee gekommen, für Essbares Geld zu bezahlen. Geboren wurde die Urgroßmutter in der Kaiserzeit, und sie erreichte immerhin ein Alter, in dem sie noch erlebte, wie Inspektoren der gerade gegründeten DDR ihr Geschäft auf den Kopf stellten, um ihre heimlich gehorteten, nicht staatlich registrierten Waren zu beschlagnahmen. Aus Sicht ihrer Kunden tat sie etwas Gutes, indem sie dort begehrte Güter versteckte. Aus ihrer Sicht natürlich auch. Für den Apparat stellte sie, um das Lauterbach-Wort zu bemühen, einen Teil des Problems dar.

In dem „Panorama“-Beitrag, der Schellnhubers Drei-Tonnen-Plan verkündet, geht es ganz allgemein um die Reichen, die wenig klimagefällig leben. Zum Kommentarton zeigte der Sender Bilder eines Privatflugzeugs, von Yachten und großen Autos. Der Hauptkronzeuge kommt noch einmal zu Wort

mit seiner Feststellung, „dass eine wichtige Dimension, eine wichtige Facette des Reichtums tatsächlich die Klimaschädlichkeit ist“.

So viele Privatflieger, Yacht- und Riesenschlittenbesitzer gibt es in Deutschland allerdings nicht, dass ihre Beseitigung den CO₂-Ausstoß des ganzen Landes ernsthaft mildern würde, das in toto nur 2,2 Prozent zum menschengemachten Kohlendioxid beiträgt. Uns schwer lässt sich also erraten, dass die Reichtumsreduktion per Rationierung – dieses Mal nicht im Namen der sozialen, sondern der Klimagerechtigkeit – eher bei Bürgern ansetzen würde, die generell über dem Durchschnitt liegen. Ab einem Single-Nettoeinkommen von 3300 Euro gilt jemand in Deutschland als reich. Jedenfalls in der Theorie der Statistik, wenn auch nicht in der Praxis von München.

Der Vorschlag von Schellnhuber für die Drei-Tonnen-Gesellschaft, bundesweit ausgestrahlt von der ARD, fand ein geteiltes Echo. Zum einen unterstützten ihn etliche Twitterati mit der Behauptung, es handle sich um eine „marktwirtschaftliche Lösung“, ähnlich wie bei dem Zertifikatehandel von Unternehmen. Menschen entlassen CO₂ allerdings auf eine etwas komplexere und eigenwilligere Art in die Atmosphäre als ein Betonwerk, siehe oben. Aber vermutlich, das ganz nebenbei, entstehen autoritäre Ordnungen aller Art tatsächlich, weil zwei Sorten von Menschen dazu beitragen: Technokraten und Zyniker, denen die Folgen ihrer Maßnahmen gleichgültig sind. Und Begeisterte, die die Folgen der Maßnahmen nicht überblicken.

Auf der anderen Seite bedachte eine CDU-Bundestagsabgeordnete Schellnhubers Idee der staatlichen CO₂-Rationierung für alle mit dem Wort „Klimafaschismus“, was wiederum für den entsprechenden Empörungsradau auf Twitter sorgte. Mit Benito Mussolinis Ideologie gibt es tatsächlich wenig Berührungspunkte. Schellnhubers technokratische Diktatur bräuchte gar keinen einzelnen Diktator oder einen sonstwie wohlmeinenden Herrscher. Dass dieser Gesellschaftsvorschlag, auch noch vorgetragen von einem Herrn, gegen den der einstige französische Polizeiminister Joseph Fouché physiognomisch geradezu als Sympathieträger wirkt, alles in allem ein bisschen Unwillen erzeugt, kann eigentlich nur Schellnhuber selbst und seine engsten Verehrer überraschen.

Zu den Reaktionen gehört noch etwas Drittes: die Überzeugung, dass es schon nicht so schlimm kommt. Dass niemand so ein Regime durchsetzen könnte. Diese Formulierung bildet das logische Gegenstück zu der Lauterbach'schen Verwendung des Begriffs Verschwörungstheorie, der ohnehin nicht zutrifft, weil das wichtigste Element einer Verschwörung fehlt, nämlich die Heimlichkeit. Es vollzieht sich schließlich alles auf offener Bühne.

Bis Anfang 2020 hätte allerdings auch kaum jemand geglaubt, dass es in Deutschland im Zeichen von Corona Grenzüberschreitungsverbote zwischen Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern geben würde, dass jemand in

Australien Isolierungslager errichten könnte, dass Einwohner von Paris sich nur tausend Meter von ihrer Wohnung entfernen durften.

Und von denjenigen, um noch einmal auf die Urgroßmutter und andere ihrer Generation zurückzukommen, die östlich der Elbe die Jahre um 1949 und 1950 erlebten, konnten Spätergeborene immer wieder hören, man habe sich damals einfach nicht vorstellen können, dass eine Partei so etwas verwirklichen würde: die Enteignung von privaten Betrieben. Die Zerschlagung der bäuerlichen Landwirtschaft. Die faktische Internierung einer ganzen Bevölkerung. Viele in den dreißiger Jahren Geborenen sagten 1990 den Satz: Wir konnten es uns damals einfach nicht vorstellen, dass sie ein Land und dann eine ganze Großstadt teilen würden. Sehr viele, erst recht die Überzeugten, wollten sich nicht ausmalen, dass eine früher blühende Großstadt nach dem Ende des Experiments so aussah:

Andere wiederum, die damals in dieser Stadt lebten, beispielsweise der Autor, konnten und wollten es sich nicht vorstellen, dass am 15. Januar 2023 dieser anachronistische Zug durch Berlin marschieren würde, die Zukunft fest im Blick.

Erstaunlich viele historische Entwicklungen übertreffen also selbst die blühende Phantasie der Zeitgenossen. Aus den oben angeführten praktischen Gründen lässt sich der Schellnhuber-Tonnenplan schlecht als Ganzes ausführen. Er verfolgt allerdings auch gar nicht das Ziel, schon in zwei oder drei Jahren Form anzunehmen. Sondern einen subtileren Zweck. Er soll zunächst einmal die Überzeugung in den Köpfen verankern, dass nichts daran vorbeiführt, die wichtigsten Güter staatlich zu rationieren, angefangen beim CO₂. Der Begriff „Budget“ eignet sich dafür hervorragend. Er klingt zum einen buchhalterisch objektiv, zum anderen nach Wirtschaft und Unternehmertum, obwohl er das genaue Gegenteil meint, nämlich staatliche Rationierung.

Von dem amerikanischen Politikwissenschaftler Joseph Overton stammen Theorie und Begriff des Overton-Window, des Bezugsrahmens, in dem sich gesellschaftliche Debatten abspielen. Durch eine ständige Wiederholung bestimmter Thesen und Schlagworte können Ideen, die eben noch völlig absurd klangen, Schritt für Schritt auf die Stufe zumindest diskutabler Vorschläge vorrücken, um von dort aus in den Rang vernünftiger Politik zu gleiten. An genau diesem Status befinden sich viele einzelne Rationierungs- und Kontrollprojekte. Sie entwickeln sich stufenweise. Nach und nach wachsen sie zu einem neuen Gesellschaftsdesign zusammen. In Berlin beispielsweise gilt es als ausgemachte Sache der Politik, Autos nach und nach aus der Stadt zu drängen. Das beginnt mit dem sogenannten Rückbau von Verkehrsraum,

der Blockade von Straßen und der Abschaffung von Parkraum,

endet dort aber noch lange nicht. In einem Interview mit der *Berliner Zeitung* erklärt die Umweltsenatorin und grüne Spitzenkandidatin Bettina Jarasch: „Berlin braucht weniger Parkplätze“, und: „Wir müssen knappen

Straßenraum umverteilen“.

Jarasch: Berlin braucht weniger Parkplätze

Verkehrssenatorin Bettina Jarasch will im Zuge des Mobilitätsgesetzes die Parkplätze in Berlin weiter verringern. „Wir müssen den knappen Straßenraum umverteilen“, so Jarasch.

dpa

12.01.2023 | aktualisiert am 12.01.2023 - 16:19 Uhr

Screenprint: Berliner Zeitung

Wer Berlin etwas kennt, der weiß, dass dort in vielen Straßenräumen schon die Sperrmüllhaufen viel Platz beanspruchen. Fast kommt der Beobachter zu dem verschwörungstheoretischen Schluss, dass die Verrümpelung den strategischen Zweck verfolgt, einen Mangel zu suggerieren, der in einer gut organisierten Stadt so gar nicht existieren würde. Außerdem finden sich in der Metropole, in der FDJler und Rotflaggenträger über die ehemalige Stalinallee stampfen, als wäre nichts gewesen, auch genügend helfende Hände, um den Platz noch ein bisschen weiter zu verknappen, damit seine Umverteilung und Rationierung nun wirklich unumgänglich wirkt:

Die allmähliche Verdrängung des Individualverkehrs beschränkt sich nicht auf das „Experimentierlabor Berlin“ (ARD). Ab 1. Februar 2023 dürfen in München keine Dieselfahrzeuge ab Euronorm 4 oder weniger mehr auf den Mittleren Ring und in die Innenstadt, auch nicht mit grüner Plakette. Das gilt vorerst für gut 80.000 Pendler. Von Oktober an gilt die Einschränkung auch für Diesel ab Klasse 5. Lieferdienste und Handwerker können eine Ausnahmegenehmigung beantragen, die allerdings nur bis März 2024 gilt. Dafür soll erst einmal probenhalber eine Station entstehen, in der beispielsweise Handwerker ihr Transportgut vom Auto aufs Lastenrad umpacken dürfen.

Wirtschaftsverkehr umstellen

Im Herbst, wenn die nächste Internationale Automobil-Ausstellung (IAA) in München stattfindet, soll im Schlachthofviertel zum Beispiel ein Radlogistik-Hub in Betrieb genommen werden. Dort können Handwerker ihr Material oder Paketdienste ihre Lieferungen von Lastwagen auf Lastenräder umladen. Pakete sollen auch in "München-Boxen" abgelegt werden – also in

Screenprint: Bayerischer Rundfunk

Das könnte sich als etwas unpraktisch erweisen, wenn es sich zum Beispiel um neu zu montierende Heizkörper oder Baumaterial für eine Dachsanierung handelt. Aber es trägt natürlich dazu bei, den CO₂-Ausstoß in der zehnten globalen Nachkommastelle nachhaltig zu drücken. Mit der Verdrängung des Diesels will sich die rot-grüne Stadtregierung nicht begnügen. Vor allem die grünen Vertreter machen immer wieder deutlich, dass sie für Normbürger eigentlich gar keine Individualfahrzeuge

oberhalb des Fahrrads in der Stadt wünschen, etwa dieser Lokalpolitiker aus München-Haidhausen:

Um die geforderten Bewegungseinschränkungen zu erreichen, gibt es nicht nur die Methode der Autobekämpfung, sondern auch einen wesentlich komplexeren Ansatz. Im Berliner Entwicklungsplan nennt sich das Vorhaben „Stadt der kurzen Wege“. Die Bürger sollen ihren Kiez möglichst nicht mehr verlassen.



Bitte im Kiez bleiben Berlin beschließt „Stadt der kurzen Wege“ für mehr Klimaschutz

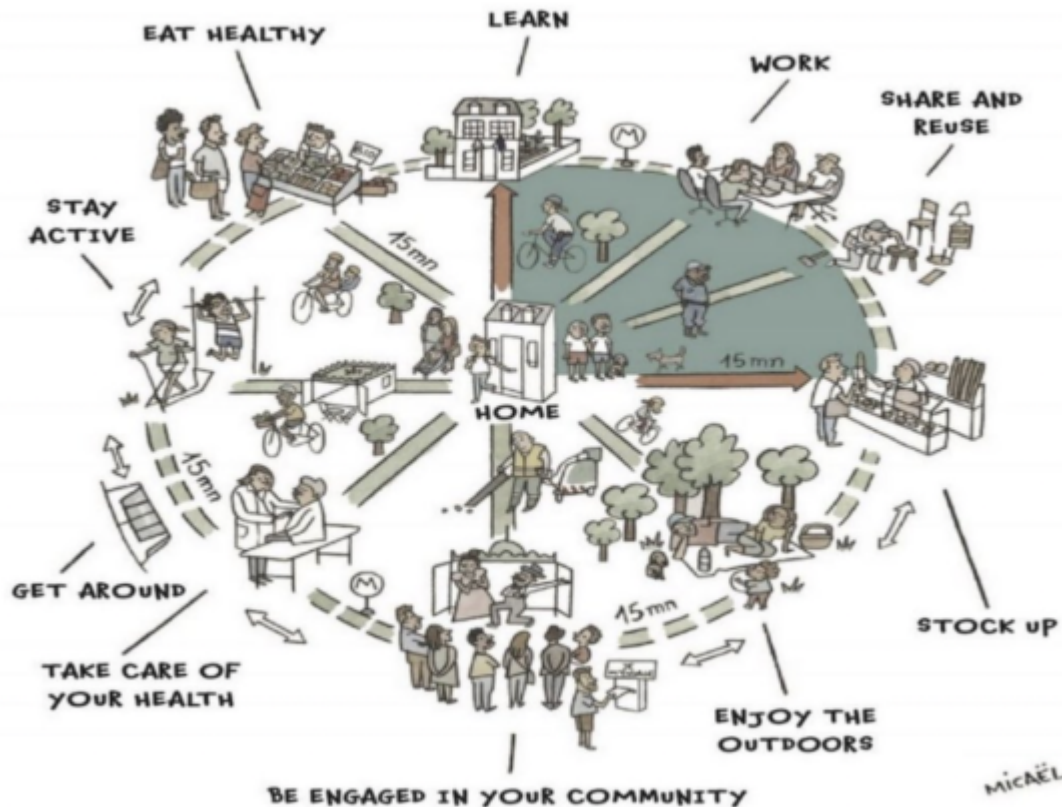
Der Berliner Senat hat einen Plan für den klimabewussten Stadtumbau vorgelegt: Es soll mehr Grünflächen und weniger Mobilität geben. Wasser will man künftig besser nutzen.

Screenprint: Tagesspiegel

Was sich ja auch immer schwieriger gestaltet, wenn die Abschaffung oder Blockade von Parkplätzen auch die Abmeldung des Autos erzwingt. Außerdem leistet die Qualität des öffentlichen Nahverkehrs ihren Beitrag, damit sich jeder dreimal überlegt, ob er wirklich von Lichterfelde Süd nach Charlottenburg muss.

In Berlin findet die entsprechende Planung unter dem Dirigat von Senator Andreas Geisel statt, einem SPD-Politiker, der bis 1989 einer Partei angehörte, die eine gewisse Expertise dafür besitzt, in Berlin Wege zu verkürzen. Einstweilen kommt die neue Stadt der kurzen Wege noch als Angebot zu den Bürgern. Wer Scorsese-Filme kennt, der weiß, dass es irgendwann auch Angebote gibt, die man schlecht oder gar nicht ablehnen kann. In Oxford beispielsweise herrscht schon eine Aufteilung der Stadt in Zonen, zwischen denen sogenannte traffic filters existieren, Verkehrsfilter, die den motorisierten Individualverkehr bremsen.

Außer Taxis, Bussen und Lieferfahrzeugen darf grundsätzlich kein Auto passieren. Anwohner können Berechtigungsscheine beantragen, die es ihnen gestatten, „bis zu 100 mal im Jahr“ durch die Checkpoints zu fahren. Auch hier lautet die Begründung, die CO₂-Emissionen müssten dringend gedrückt werden. Großbritanniens Anteil am weltweiten menschengemachten Kohlendioxidausstoß liegt bei etwa 2 Prozent.



Das Schwab'sche Weltwirtschaftsforum perfektionierte übrigens als erste große Institution die Technik, zwar einen weltweiten Gestaltungsanspruch zu erheben, gleichzeitig aber jeden, der diesen Gestaltungsanspruch nicht ausdrücklich lobt oder zumindest neutral hinnimmt, von medialen Helfern als Verschwörungstheoretiker niederzischen zu lassen. Ähnlich wie in dem oben zitierten Lauterbach-Beispiel reicht es für dieses Urteil schon aus, Klaus Schwab oder andere Wortmelder einfach nur nichtaffirmativ zu zitieren.

Während der Corona-Zeit probierten verschiedene staatliche Stellen Bewegungsrestriktionen aus, vom Ein-Kilometer-Radius in Paris bis zur 15-Kilometer-Leine in Bayern, die zwar nichts Messbares gegen die Virenverbreitung ausrichteten, aber grundsätzlich zeigten, dass sich auch sehr viele Menschen Maßnahmen unterwerfen, wenn offizielle Stellen mit medialer Hilfe ein überwältigendes Bedrohungsszenario aufbauen.

Bewegungseinschränkung, Kontrolle und Zuteilung betreffen nicht nur Verbrennerfahrzeuge. Sie kommen nur als erste an die Reihe. Vor wenigen Tagen teilte die Bundesnetzagentur mit, es könnte durchaus zu Stromrationierungen für Elektroautos und Wärmepumpen kommen. Und das nicht erst nach der Abschaltung der letzten Atomkraftwerke im April und der Außerbetriebnahme der Kohlemeiler 2030, sondern schon deutlich früher.

Der dialektische Witz besteht darin, dass die Verbrennerverbannung aus

Innenstädten schon jetzt, ein generelles Verbrennerzulassungsverbot ab 2035 und der Zwang zur Wärmepumpe die Bürger in die technischen Lösungen treibt, für die es an vielen Tagen absehbar nicht genügend Strom geben wird. Genau diese Lösungen lassen sich allerdings praktischerweise zentral steuern. Bestenfalls lädt das E-Auto dann verzögert, die Wärmepumpe läuft gedrosselt. Oder beide lassen sich vorübergehend überhaupt nicht mehr nutzen.

Ganz am Anfang der großen Energietransformation hieß es, die neue Ordnung würde nicht nur im Überfluss eiskugelbilligen Strom bringen, sondern auch eine dezentrale und bürgerfreundliche Organisation. In Wirklichkeit erfüllt sie alle Träume von Anhängern der zentralen Gesellschaftssteuerung. Ein wenig erinnert das an die alte Verheißung, die Arbeiter würden im Sozialismus besser und freier leben als unter der Kapitalherrschaft.

Zu den schrumpfenden Bewegungsradien wegen der CO₂-Begrenzung, der Straßenraum- und der Stromknappheit kommt noch die Forderung, nicht zu viel stationären Platz einzunehmen. Auch Wohnraum bedarf der Begrenzung und Kontrolle. Das jedenfalls erklärte kürzlich Bauministerin Klara Geywitz: Es gehe nicht nur um die Frage, „was hat mein Essverhalten mit dem Klima zu tun, oder mein Verkehrsverhalten“, sondern auch darum, „dass individuell Wohnen etwas mit dem Klima zu tun hat – weil wir natürlich sämtliche Effizienzgewinne der letzten Jahre auffressen dadurch, dass die Wohnfläche pro Person immer mehr steigt“.

Die Wohnflächenknappheit liegt eher daran, dass Deutschland allein 2022 einen Netto-Zuzug von 1,4 Millionen Menschen erlebte, während die Zahl der fertiggestellten neuen Wohnungen auch wegen der heftig gestiegenen Baukosten und der umfangreichen Vorschriften nicht, wie von Regierungsseite versprochen, bei 400.000, sondern bei 280.000 Einheiten lag.

In einer Single-Gesellschaft beanspruchen viele Menschen einen gewissen Platz, auch dann, wenn es sich pro Person oft nur um 30 Quadratmeter handelt. Außerdem steigt der Altersdurchschnitt, und anders als früher denken viele Senioren nicht daran, sich beispielsweise nach dem Tod des Partners in ein 18-Quadratmeter-Seniorenresidenzzimmer zu trolchen. Für die Lebensentscheidung älterer Leute, einfach in ihren Wohnungen zu bleiben, statt Platz für Zuzügler zu machen, gibt es mittlerweile den schönen Begriff „Remanenzeffekt“. Ende 2022 nahm sich die Justizministerkonferenz des Problems an, wobei diese Art der Problemannahme vor ein paar Jahren noch als allertypischste Verschwörungstheorie gegolten hätte. Jetzt jedenfalls heißt der Umstand, dass mancher Senior oder überhaupt ein Einzelner auf 80 oder 100 Quadratmetern lebt, „stille Wohnraumreserve“. Und es geht darum, die Klimateffizienzgewinnauffresser erst einmal sanft zum Umzug in kleinere Einheiten zu bewegen.

„Die in vielen Mieterhaushalten vorhandenen ‚stillen Wohnraumreserven‘“,

heißt es in dem Justizministerkonferenz-Papier, „bieten nach Auffassung der Justizministerinnen und Justizminister der Länder einen Ansatzpunkt, um neben der Förderung des Wohnungsneubaus zusätzliche Entlastungen für die Wohnungsmärkte zu schaffen. Vor diesem Hintergrund bitten sie den Bundesminister der Justiz um Prüfung von Regelungsmöglichkeiten, die es für Mieterinnen und Mieter attraktiv machen, im Einvernehmen mit ihrem bisherigen Vermieter einen Umzug in eine kleinere Wohnung zu verwirklichen.“

Erst einmal geht es also um leichtere Vertragskündigungen, eventuell auch um Umzugsbeihilfen. Möglicherweise – heute noch Verschwörungstheorie, gewiss, gewiss – kommt demnächst auch eine Sonderabgabe auf zu großen Wohnraum, die eine Umzugsentscheidung des Wohnflächenfressers erleichtert. Erst für Mieter, dann vielleicht auch für Eigentümer. Auch für die noch sanfte Phase gibt es eine entsprechende Medienbegleitung. Sie reicht von „Rentner blockieren große Wohnungen“ (*Focus*) bis zur schwärmerischen Beschreibung in der *FAZ*, wie gut es sich zu fünft in einer Frankfurter Tiny Flat leben lässt.



Sie haben alles, was sie brauchen – nur weniger davon. Wie lebt es sich in einer Ein-Zimmer-Wohnung als fünfköpfige Familie? Und warum macht wenig Raum unter Umständen zufriedener? Ein Besuch in einem Tiny Flat.



Wenn man bei Kathrin Şahin klingelt, öffnet eine sehr entspannt aussehende und lachende Frau die Tür. Dann nimmt man das viele Holz und das warme Licht im Flur dieser 40 Quadratmeter großen Altbauwohnung im Erdgeschoss eines Frankfurter

Screenprint: FAZ

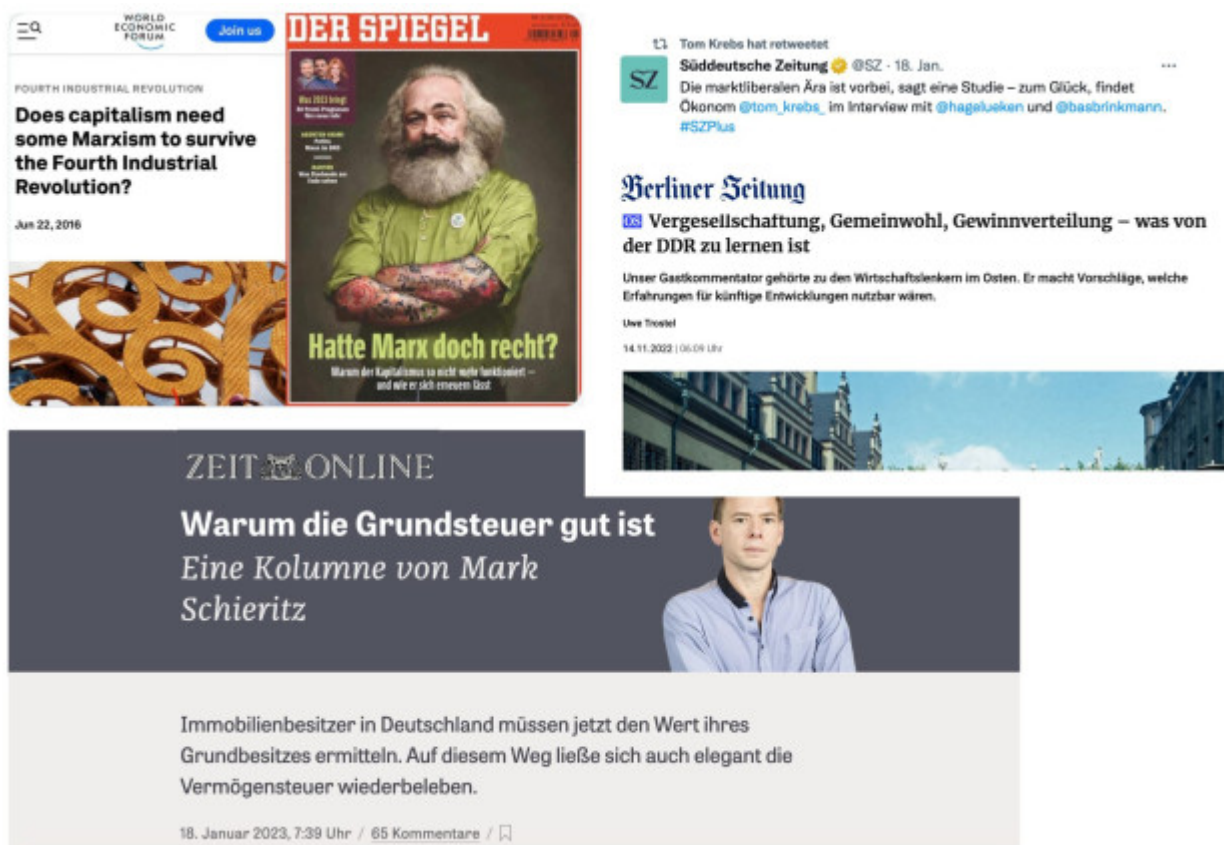
Eins muss auch der Renitenteste mit größtmöglichem geistigen Remanenzeffekt zugeben: Die propagandistische Auskleidung des Lebens hinter dem klimatischen Schutzwall besitzt Weltniveau. „15-Minuten-Stadt“ klingt entschieden besser als Anpflockung, traffic filter milder als Grenzübergang, Tiny Flat allemal eleganter als Wohnelend. Und ‚klimagerecht‘ hübscher als ‚verarmt‘.

Unter diesen Bedingungen verabschieden sich Nichtmehrbürger reihenweise ganz von allein von der Idee, sie könnten nach ihren eigenen Vorstellungen und Möglichkeiten konsumieren, selbst über ihre Bewegung entscheiden und ganz eigenmächtig bestimmen, wie sie wohnen. Darin liegt die Lektion. Ob die Kopfzahl nun drei oder sechs Tonnen CO₂ pro Person beträgt, wie viele Jahre ein Elektroauto im Individualverkehr noch

erlaubt bleibt, ob es an 100 oder nur noch an 50 Tagen die Genehmigung gibt, einen traffic filter zu passieren, wo die Quadratmetergrenze für angemessenen Wohnraum liegt, ab wann jemand zu den klimaschädlichen Reichen zählt – das ergibt sich aus der politischen Situation. Die Entscheidung über die Art der Gesellschaft fällt dadurch, dass ausreichend viele das Recht einer wie auch immer gearteten Zentrale anerkennen, über ihre bis eben noch völlig privaten Lebensverhältnisse zu bestimmen.

Möglich wäre das nicht ohne die mediale Begleitung. Hier eine kleine Presseschau zum großen Umbruch:

- Spiegel: „Hatte Marx doch Recht?“
- WWF: „Does capitalism need some Marxism to survive the Forth Industrial Revolution?“
- Süddeutsche Zeitung: “Die marktliberale Ära ist vorbei, sagt eine Studie – zum Glück, findet Ökonom Tom Krebs im Interview.“
- Berliner Zeitung: „Vergesellschaftung, Gemeinwohl, Gewinnverteilung – was von der DDR zu lernen ist.“
- Zeit: „Warum die Grundsteuer gut ist. Immobilienbesitzer müssen jetzt den Wert ihres Grundbesitzes ermitteln. Auf diesem Weg ließe sich auch elegant die die Vermögenssteuer wiederbeleben.“



Was sich gleichzeitig in kaum einem angestammten Medium mehr findet: eine Verteidigung des autonomen Bürgers, der im Rahmen seiner Möglichkeiten, Bedürfnisse und der allgemeinen Gesetze selbst entscheidet, wie er leben möchte.

Die Ideologie, die hinter Schellnhubers Plänen und denen etlicher anderer steht, existiert nicht erst seit wenigen Jahren. Von dem Autor und Physiker Amory Lovins, einem der einflussreichsten Vordenker der radikalen Niedrigenergiegesellschaft, stammt der bemerkenswerte Satz: „Wenn Sie mich fragen, wäre es fast katastrophal für uns, eine Quelle sauberer, billiger und reichlich vorhandener Energie zu entdecken, wegen dem, was wir damit machen würden.“ Nach seiner Überzeugung liefert gerade teure und knappe Energie den Schlüssel für die aus seiner Sicht ideale Gesellschaft, in der eine Kaste von weisen Lenkern jedem seine Ration an Ressourcen zuteilt. Die Behauptung, das Schicksal der ganzen Welt hänge am CO₂-Ausstoß kleiner westlicher Länder, verpasst diesem Glauben noch einmal einen mächtigen Schub.

Für die Errichtung dieser neuen Gesellschaft nach ziemlich altem Muster existiert kein Generalplan. Wenn sie entsteht, dann schrittweise. Ihre Protagonisten tasten sich vor. Stoßen sie auf wenig Widerstand, schreiten sie weiter. Und ab einem Kippunkt verwandelt sich Verschwörungstheorie in einen festen Zustand. Dann heißt es wieder: Das haben wir uns damals nicht vorstellen können.

Der Beitrag erschien zeitlich und zuerst auf dem Blog des Autors hier und TE

CO₂-Kreditsystem für Reiche? Schellnhuber fordert Begrenzung der persönlichen Emissionen

geschrieben von AR Göhring | 7. Dezember 2023

von AR Göhring

Da Reiche mehr CO₂ emittieren als die untere Hälfte der Bevölkerung, will der pensionierte Ex-Chef und Gründer des privaten *Potsdam Institutes für Klimafolgenforschung* (-Forschungsfolgen?) PIK den individuellen CO₂-Ausstoß begrenzen, wie er dem ARD-Magazin Panorama sagte.

Seit 60 Jahren berichten Reporter*innen unbequem, investigativ und unabhängig. Seit 2001 moderiert Anja Reschke die Sendung – nunmehr also seit 20 Jahren.

(das muß EIKE nicht mehr kommentieren)

Klingt für die Ohren eines EIKE-Autoren erst einmal nicht schlecht – sind Grünenwähler doch zuallermeist Besserverdiener und bekämen dann die Medizin zu schmecken, die sie stets nur der unteren Hälfte der Bevölkerung zumuten (Wohlstandsverlust, Arbeitsplatzverlust, Windradbelästigung, Preisexplosion). Der Vorschlag erinnert an die grüne Idee von vor ein paar Jahren, das individuelle Fliegen mit Sonderabgaben oberhalb einer Grenze zu belegen. Den Vorschlag kassierte Chefin Baerbock sogleich – warum ist klar: Klimapolitik ist Umverteilungspolitik von unten nach oben; die Besserverdiener sollen von der Weltrettung also möglichst nur profitieren, und nicht noch zahlen.

Viele Millionäre kommen jährlich sogar auf mehr als 100 Tonnen CO₂, Superreiche auf tausende Tonnen pro Kopf. In den letzten Jahren habe man gesehen, dass eine Dimension von Reichtum die Klimaschädlichkeit sei, so Schellnhuber.

Der renommierte Wissenschaftler fordert deshalb im Interview mit Panorama, eine individuelle CO₂-Grenze einzuführen und gleichzeitig einen privaten Handel mit CO₂-Rechten zu ermöglichen.

Schellnhubers Idee wurde analog von Robert Habeck auch sogleich abgelehnt. Man fragt sich, warum Schellnhuber sie überhaupt äußerte. Nun gut, der Mann ist in Rente und muß „Knackiges“ äußern, um nach der Pandemiepolitik auch einmal wieder ins TV zu kommen. Knackiges muß inhaltlich nicht sinnvoll sein – Hauptsache Aufmerksamkeit, so funktioniert Marketing.

Dennoch sollte man sich nicht unbedingt unbeliebt machen wie der Abgeordnete mit den Flugabgaben damals. Die Redaktionsaktivisten des Milliarden-Staatsfunkes wollen wie andere Bestverdiener nämlich gern weit und häufig fliegen und werden Schellnhuber nach solchen Vorschlägen nicht mehr gern interviewen. Nachher setzt der das noch durch.

Aber Schellnhuber hat in seine Forderung ein schönes finanzkapitalistisches Bonbon für die Bestverdiener eingebaut: Man soll privat mit CO₂ handeln können. Daß Erman-Thanbergs, Elon Musk und Al Gore mit „Klimaaktien“ (also heißer Luft) ordentlich Geld machen, ist dem EIKE-Leser bekannt (dem *Tagesschau*-Zuseher eher nicht).

„Jeder Mensch kriegt drei Tonnen CO₂ pro Jahr, aber wer mehr braucht, muss es sich eben einkaufen“, schlägt Schellnhuber vor, und zwar von anderen, die weniger verbrauchen.

Wörtlich genommen müßten dann Klimaforscher, Grünwähler, ARD-Leute u.v.a. z.B. solchen Leuten wie uns von EIKE oder Windkraftgegnern aus St. Gangloff Emissionsrechte abkaufen, da wir meist nicht mit SUV-Boliden fahren und nur einmal im Jahr nach Mallorca düsen. Das kann teuer werden – Klima-Hypermilliardär Elon Musk hat via *Tesla* damit ja den größten Teil seines Vermögens gemacht.

Ernst oder wörtlich gemeint ist es daher wohl nicht. Geht es vielleicht um die Ausweitung der Klimageschäftemacherei via Börse? Aus seinen Worten ist es nicht erschießbar. Vielleicht doch nur darum, mit sinnlosen aber harten Aussagen in die Medien zu kommen?

Klimaforscher Schellnhuber findet, es sei Zeit, endlich eine ehrliche Rechnung aufzumachen. Man brauche eine „radikale Klarheit“, was jeder Einzelne beizutragen habe, so Schellnhuber. „Und diese Klarheit haben wir längst nicht erreicht.“

Die Grünen wollen ein Vetoministerium

geschrieben von Admin | 7. Dezember 2023

von Michael Limburg

Unter anderen hat sich die Redaktion von ACHGUT mit dem von den Grünen geforderten „Klimaschutzsofortprogramm“ beschäftigt, dass sie letzten Dienstag (3.8.21) vorstellten, wie es u.A. auch von faz.net gemeldet wird.

„Das Ministerium für Klimaschutz solle nach grünen Vorstellungen zu einem der mächtigsten Häuser der künftigen Regierung werden, denn es soll mit einem Veto-Recht gegen alle Gesetze ausgestattet werden, die nicht mit dem internationalen Klimaabkommen von Paris vereinbar seien. Das könne Straßenbauprojekte ebenso betreffen, wie militärische Vorhaben oder Förderprogramme für die „klassische“ Industrie. Ihre Pläne für ein „Sofortprogramm für die nächste Bundesregierung“ hätten die Parteivorsitzenden Annalena Baerbock und Robert Habeck am Montag in einem Naturschutzgebiet nahe Berlin vorgestellt.

Zur raschen Durchsetzung von Veränderungen solle in der nächsten Bundesregierung umgehend ein Kabinettsausschuss

eingerrichtet werden, der unter Vorsitz eines „Klimaschutzministeriums“ wöchentlich tagen und innerhalb von drei Monaten weitreichende Veränderungen auf den Weg bringen soll.

„Wir werden das größte Klimaschutzpaket beschließen, das es jemals gegeben hat“, sei das Versprechen der Grünen. „

Mal abgesehen, von der für grüne „Juristen“ und „Völkerrechtler“ offenbar unwesentlichen Kleinigkeit, dass nicht Ministerien die Gesetze beschließen, sondern das Bundes-Parlament, ggf. unter Einbeziehung des Bundesrates, lässt dieses Programm nicht nur die fast 1:1 Umsetzung der vom WBGU schon 2011 geforderten Vetorates der Klima-Weisen erkennen (Details dazu hier), sondern einmal mehr die völlige Ahnungslosigkeit gepaart und befeuert von unbändigem Zerstörungswillen, der sich als Weltenrettung tarnt, der Grünen erkennen. Denn, wie Achgut schreibt:

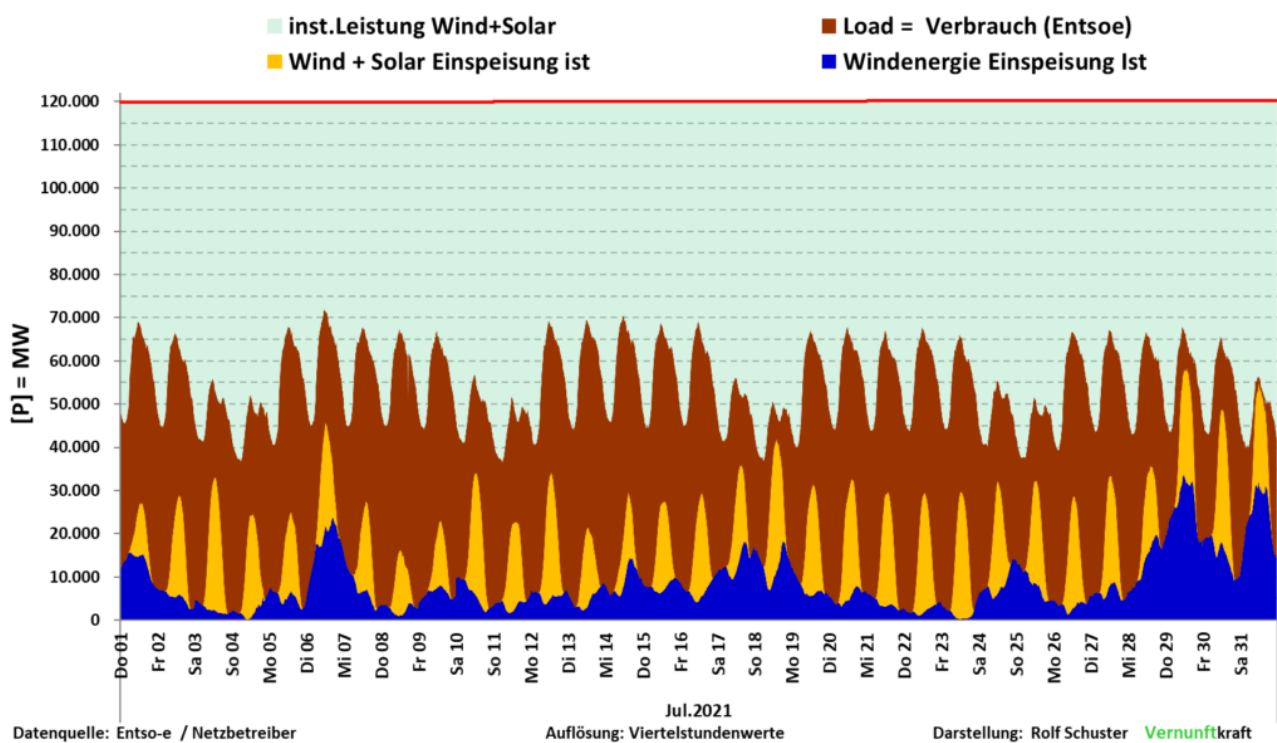
„Das 10-Punkte-Programm sehe zunächst den rasanten Ausbau erneuerbarer Energien – Windkraft und Solaranlagen – vor. Der gegenwärtige Ausbau ginge viel zu langsam voran, heiße es. Deswegen sollten die Ausbauziele verdreifacht werden. Für öffentliche Gebäude solle es eine „Solarpflicht“ geben, zwei Prozent der Landesflächen sollten per Gesetz für Windenergie-Projekte bereitgestellt werden. Reichlich kurios: Zugleich hätten Habeck und Baerbock bei einer Pressekonferenz ein „umfangreiches Vogel- und Fledermausschutzprogramm“ angekündigt.

Massiv ausgebaut werden sollten auch Off-Shore-Windanlagen in der Ost- und Nordsee. Zudem solle der CO₂-Preis unmittelbar auf 60 Euro pro Tonne angehoben werden. Der Einbau von Heizölanlagen in Häuser solle verboten werden. Die Kosten für steigende CO₂-Preise würden nach den Plänen des Grünen-Sofortprogramms den Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern aufgebürdet werden.“

Nach dieser Lektüre erscheint es ratsam sich ein wenig zurückzulehnen und sich die „wunderbaren“ Grafiken und Tabellen des Herrn Schuster von Vernunftkraft zur Einspeisung durch Flatterstrom -Anlagen – diesmal für den überwiegend und für die meisten schönen Sommermonat Juli – anzuschauen.

Im Juli 2021 waren insgesamt 120 GW an Nennleistung dieser parasitären Stromerzeuger installiert. Der Bedarf, die sog. Last (Load), betrug in der Spitze jedoch nur 72 GW. Wir hätten also schon heute einen „Überschuss“ an installierter Leistung von 48 GW. Gegenüber dem Mittel sogar schon von 66 GW.

„Hätten“ denn natürlich liefern diese Energie- und Ressourcenvernichter nicht das, was auf dem Etikett steht, sondern weniger. Viel weniger. Sie lieferten in der Spitze gerade mal 58,45 GW, das sind nur knapp 50 % ihrer Nennleistung, doch auch das half nichts, denn die fehlenden 13,55 GW mussten immer wieder die verfeimten konventionellen Kraftwerke beisteuern, die damit unwiderruflich auf Verschleiß gefahren werden. Im Mittel mussten sogar 37 GW beigesteuert werden und in der Spitze – Strom muss in jeder Sekunde in ausreichender Menge fließen- sogar astronomische rd. 50 GW. Das ist soviel, weil die Minima der Flatterstromerzeugung nun mal nicht mit den Bedarfsminima zusammenfallen.



Jul 2021	Load D	Wind	Solar	Wind + Solar	Proz. der Nennleist.
inst. Nennleistung		63.375MW	56.952MW	120.327MW	
Max	72.095MW	33.610MW	31.479MW	58.456MW	48,58%
Mittelwert	54.011MW	8.293MW	8.394MW	16.687MW	13,87%
Min	36.443MW	246MW	0MW	1.459MW	1,21%
Summe Monat	40.184GWh	6.170GWh	6.245GWh	12.415GWh	13,87%

Wie man leicht sieht, und wenn die grüne Politik wollte, insbesondere unsere grünen Klimaretter, sähe sie das auch, reicht selbst eine bereits bestehende ca. 1,5 fache Überdimensionierung der bestehenden

Flutterstromanlagen nicht aus, den verhältnismäßig geringen sommerlichen Leistungsbedarf zu decken. Daher soll, nach grüner Logik ein mehr vom selben dieses Problem lösen. Denn, sie verlangen ja eine Verdreifachung – und das schon bei den Zielen. Das aber ist, nach der Definition von Albert Einstein Wahnsinn, nämlich immer wieder dasselbe zu versuchen und trotzdem ein anderes Ergebnis zu erwarten.

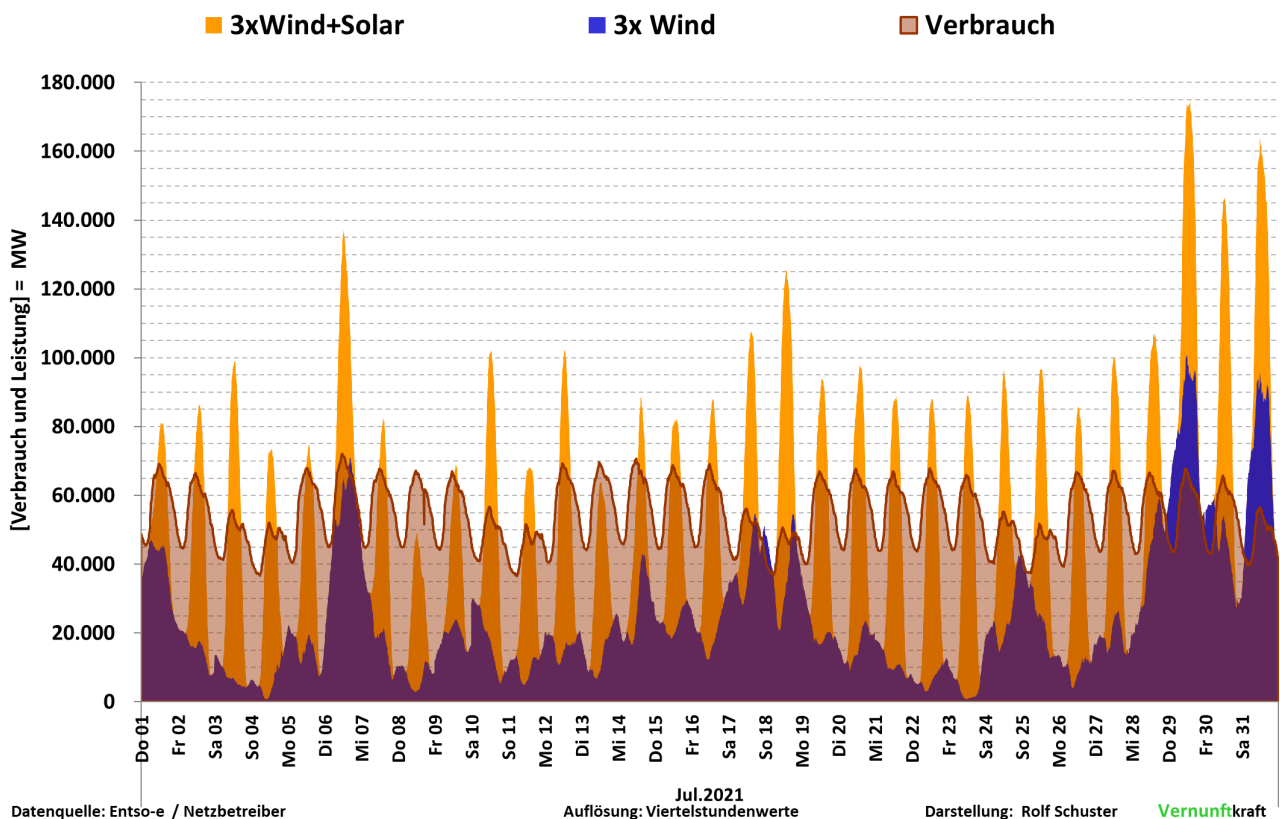
Schauen wir uns daher mal an, was die Forderung der Grünen mittels ihres Vetoministeriums und des „Klimaschutzplanes“ bewirken würde.

Nun weiß ich aus dem Stegreif nicht so genau wie das aktuelle „Ausbauziel“ der gegenwärtigen Trautmannsregierung lautet, daher halte ich mich wieder an die bewährten Grafiken des Herrn Schuster. Der hat nämlich mit einer „was wäre wenn“ Rechnung berechnet, wie denn die Versorgung aussähe, wenn bereits heute die bestehenden Kapazitäten verdreifacht vorhanden gewesen wären.

Wäre damit die dramatische aktuelle Unterversorgung verschwunden, somit das Problem gelöst?

Mitnichten, wie wir gleich sehen werden, und was natürlich die Dunkel-Grünen und die Grünen aller Alt-Parteien auch sehen können, wenn sie es denn sehen wollten.

Darstellung bei einer Verdreifachung der Nennleistung von Wind und Solar



Statt wie heute 120 GW installierter Leistung wären Wald und Feld, Nord- und Ostsee nun mit Flutterstromanlagen mit insgesamt 360 GW Nenn-

Leistung vollgestellt gewesen. Bei einem max. Bedarf von nur 72 GW versteht sich.

Wir sollten also auf einen Überschuss von $360 - 72 = 288$ GW zugreifen können. **Wenn**, ja wenn das Wörtchen **wenn** nicht wäre, **wenn** der Wind so wehte wie der Verbrauch es verlangt, oder **wenn** wenigstens gelegentlich mal die Sonne auch nachts scheinen würde. Beides ist aber auf dieser Welt nicht zu machen. Wir hätten zwar zur Mittagszeit einen gewaltigen Überschuss von bis zu 90 GW zu verkraften, aber leider auch durchgängig, an fast jedem Tag, einen Unterschuss von bis zu 35 bis 45 GW zu decken. Von dem weiß aber niemand, wo man die Leistung herbekommen soll, abgesehen von der Zusatzbedingung, dass so ein hin und her selbst das beste Netz nicht aushielte, selbst wenn man es als Speicher versteht und dazu noch sämtliche Hähnchenkühlhäuser der Republik zu- und abschalten würde. Und es kostet natürlich auch. Und wie. Nominal würde die EEG Umlage auf etwa 21 €-Cent/kWh steigen müssen, egal wo und wie man sie versteckt, und das Netzentgelt müsste sich in etwa verdoppeln. Die Energiearmut würde explodieren, bei gleichzeitigem massivem Jobverlust, wegen Abwanderung der Industrie und des Eingehens vieler Wirtschaftsunternehmen mangels Nachfrage. Von nichts kommt eben nichts.

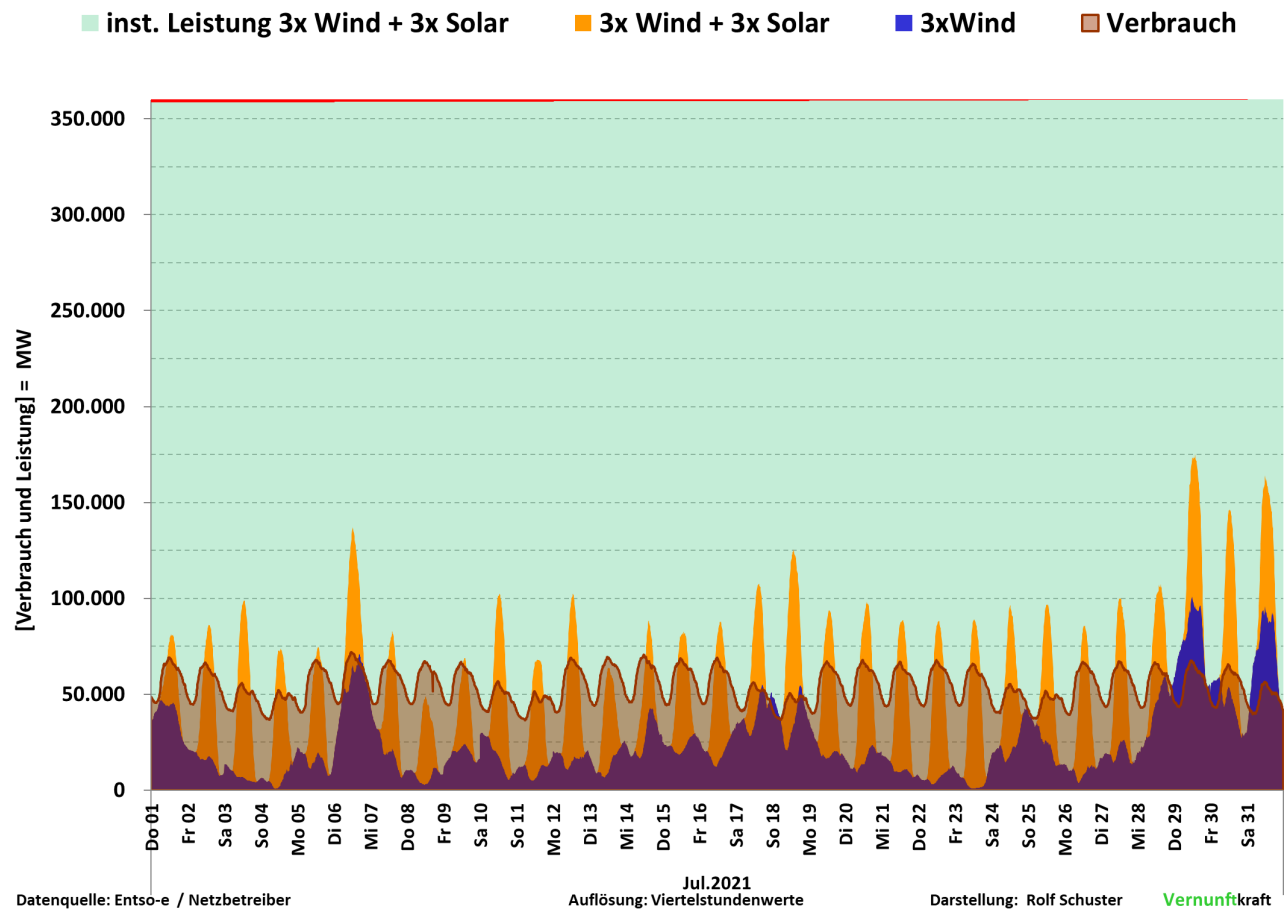
Das ist nun die neue grüne Welt mit ihrem Vetoministerium.

Hadmut Danisch formuliert seine Meinung zu den verschiedenen Vorhaben der Grünen so:

In der Gesamtschau

heißt das, dass die Grünen das Land technologisch, fiskalisch, kulturell, strukturell, demokratisch, in Bezug auf Wohnraum, den Arbeitsmarkt, wirklich alles und jedes einzelne Detail zerstören und außer Funktion setzen.

Ist das also nun nur gigantisch dumm, oder dazu noch unglaublich böseartig? Entscheiden Sie lieber Leser.



Mehr zum Thema z.B. hier